

## Ratingagenturen: BVI und GDV setzen sich bei EU-Kommission für schärfere Regeln ein

Frankfurt, 7. September 2020. Der deutsche Fondsverband BVI und der Versicherungsverband GDV appellieren gemeinsam an die EU-Kommission, die amerikanischen Ratingagenturen in der Preisgestaltung von Ratingdaten stärker zu regulieren und schärfer zu überwachen. „Die großen US-Ratingagenturen nutzen ihre marktbeherrschende Stellung für ihre Preisgestaltung aus, aber der EU-Wertpapierbehörde ESMA fehlt es an regulatorischer Handhabe, diesen missbräuchlichen Nutzungslizenz- und Gebührenforderungen ein Ende zu setzen. Den Schaden haben die Anleger. Das kann so nicht weitergehen“, sagt BVI-Hauptgeschäftsführer Thomas Richter.

Der BVI und der GDV haben der EU-Kommission eine Verschärfung der Ratingagentur-Verordnung vorgeschlagen (Credit Rating Agency Regulation, kurz CRA). Konkret schlagen sie vor, die Ratinganbieter zu mehr Preis- und Kostentransparenz zu verpflichten, analog den Regeln für Börsen unter MiFID II. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass sämtliche Datenanbieter in einem Ratingkonzern von der CRA-Regulierung erfasst werden. Das ist derzeit nicht der Fall. Als dritte Maßnahme plädieren der BVI und der GDV für eine Stärkung der Aufsichtskompetenz der ESMA in diesem Bereich. Europäische Fondsmanager, Versicherer und institutionelle Anleger sind nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Regulierung auf den Bezug von Ratinginformationen und -daten angewiesen. Sie benötigen die Daten u.a. für das Portfolio- und Risikomanagement, für Compliance- und Rechnungslegungszwecke und für das regulatorische Meldewesen.

### BVI kämpft für faire Preisstrukturen

Der gemeinsame Brief steht für den gemeinsamen Kampf der institutionellen Anleger und der Asset Manager für angemessene Konditionen beim Bezug von Finanzmarktdaten aller Art. Denn die Daten werden zunehmend zum Wettbewerbsfaktor für europäische Asset Manager. Die gesamte Marktdateninfrastruktur ist dabei von Monopolen und Oligopolen geprägt. Einer Aussage der ESMA zufolge verteuerten sich die Lizenzkosten für Marktdaten an europäischen Börsen seit 2017 um rund 400 Prozent.